K·I·V UG

DAS MAGAZIN DER KONSEQUENTEN INTERESSENVERTRETUNG

AUSGABE
3/2022

Personalmangel im Bildungs-und Pflegebereich: Woran liegt's?

Nach über zwanzig Jahren hat mensch die Nase voll - Berufsgesetz Sozialarbeit

Was macht der Krieg mit uns – als Menschen im Privatleben und als Mitarbeiter*innen Der Stadt Wien

Berufskrankheit – Covid-19-Erkrankung unbedingt melden!

Elementarpädagogische Bildungseinrichtungen in der Krise – Gewerkschaft bezieht öffentlich Stellung.

Die Teuerungswelle rauscht über uns und wie weiter ...

Jetzt younion-Mitglied werden

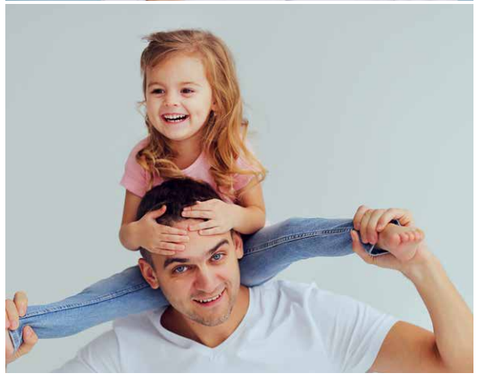
Im Verband der „Unabhängigen GewerkschafterInnen im ÖGB“ UG

GEBT BITTE NICHT AUF!

02

03

04



05

PERSONALMANGEL IM BILDUNGS- UND PFLEGEBEREICH: WORAN LIEGT'S?

Die Situation in den Berufsgruppen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten, ist prekär und wird sich in den nächsten Jahren ohne große Veränderungen sicherlich weiter verschlechtern.

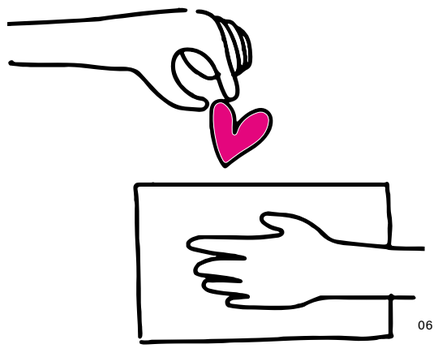
Immer weniger Menschen gehen in den Bildungs- und Pflegebereich und werden zum Beispiel Kindergartenpädagog*innen oder Pfleger*innen. Gleichzeitig wird in den kommenden Jahren ein Großteil der Bediensteten in diesen Gruppen in Pension gehen. Das führt zu einem noch viel stärkeren Personalmangel.

Doch das Problem liegt oftmals nicht daran, dass die Jugendlichen kein Interesse an diesen Jobs haben, sondern an vielen anderen Faktoren.

Ausbildungschaos

Bei vielen Interessent*innen scheitert es schon bei der Wahl der Ausbildung, weil sie nicht das Richtige für sich finden konnten. Das Feld der Pflege ist mit drei gängigen Berufen vielseitig. Personen, die in der Pflege tätig werden wollen und damit anderen Menschen helfen möchten, wissen gar nicht, wie sie ihre Ausbildung beginnen können. Der Grund: Es gibt keine zentralen Auskunftsstellen. Da ist es auch verständlich, dass Interessent*innen nach dem vierten Telefonat ohne neue, nützliche Informationen aufgeben. Wie schon die Diakonie forderte, sollte es zentrale Anlaufstellen geben, um alle Fragen der Jugendlichen zu beantworten und somit einen reibungslosen Einstieg in die Ausbildung zu ermöglichen, ohne Interessent*innen zu verlieren.

Auch die Ausbildung für Kindergartenpädagog*innen muss dringend ausgebaut und modernisiert werden, zum Beispiel mit berufsbegleitenden Kollegs und einer Akademisierung für die Leitungen. Denn auch hier mangelt es nicht an Interessent*innen, sondern viel mehr an den Ausbildungsmöglichkeiten.



06

Das Problem liegt oftmals nicht daran, dass die Jugendlichen kein Interesse an diesen Jobs haben, sondern an vielen anderen Faktoren.

Finanzierungsprobleme

Auch während der Ausbildung hören einige Berufsanwärter*innen auf. Nicht, weil sie gemerkt haben, dass es nichts für sie ist, sondern weil die Ausbildung oder das Studium nicht finanzierbar ist. Während der Pflegeausbildung erhält man keine Bezahlung, was bei anderen Ausbildungen, etwa bei der Polizeiausbildung, nicht so ist. Das erschwert den Jugendlichen die Ausbildung enorm. Viele Studierende pausieren ihr Studium, um sich etwas Geld anzusparen, andere hören leider ganz auf.

Studierende des Bachelorstudiums Gesundheits- und Krankenpflege erzählen, dass von anfangs 90 Personen nach zwei Jahren Studium nur noch die Hälfte übrig ist. *„Man hat von Montag bis Freitag den ganzen Tag Unterricht und muss dann am Wochenende das Erlernte wiederholen und sich auf Prüfungen vorbereiten, denn sonst schafft man das Studium einfach nicht. Viele meiner Studienkolleg*innen müssen dann noch arbeiten gehen, weil sie sich sonst ihre Miete und Essen einfach nicht leisten können. Zum Glück bekomme ich finanzielle Unterstützung von meinen Eltern, sonst könnte ich mir das Studium auch nicht leisten"*, erzählt ein Student.

Geringes Gehalt und mangelnde Wertschätzung spielen eine wichtige Rolle

Oft werden diese Berufsgruppen im Bildungs- und Pflegebereich mit viel Stress und negativen Gefühlen verbunden. Es wird darauf vergessen, wie essenziell diese Jobs sind und welche positiven Erfahrungen man macht. „Immer wenn ich jemandem erzähle, dass ich die Ausbildung zur Pflegefachassistenz mache, ist die erste Reaktion immer die Frage, ob ich das wirklich machen will, weil man da den Leuten ja nur den Hintern auswischt und dafür nicht mal viel verdient", erzählt eine Kollegin in Ausbildung.

Kein Wunder, dass junge Menschen bei solchen Vorurteilen lieber einen anderen Berufsweg einschlagen möchten. In Zukunft muss die Wichtigkeit dieser Berufe der Gesellschaft besser kommuniziert werden. In diesen Berufen arbeitet man tagtäglich mit Menschen, seien es Kinder, Schüler*innen oder kranke Personen, zusammen und leistet wichtige Arbeit. Die Arbeit ist nicht immer einfach, aber wichtig.

Bei der Bezahlung muss noch einiges geändert werden, um solche Berufe für kommende Generationen attraktiver zu machen. In Zeiten der Pandemie wird immer wieder mal von den Helden*innen des Alltags gesprochen. Die Menschen, die in der ersten Lehrstätte unserer Kinder arbeiten und somit ihre gesamte Zukunft prägen, und jene, die sich um Alte und Kranke kümmern. Trotz Pandemie arbeiten sie tagtäglich härter denn je und halten das gesamte System am Laufen, dennoch steigen die Gehälter nicht. Auch momentan müssen sie für Corona-Prämien kämpfen. Die ganzen Aussagen der Politik zur Wertschätzung sind nur leere Worte, denn Taten sprechen mehr als tausend Worte. Die Wertschätzung lässt sich mit Zulagen und generell höheren Gehältern zeigen. Es muss ein genereller Personalschlüssel aufgestellt werden, welcher zeigt, wieviel Personal es für wie viele Kinder oder Patient*innen braucht. Denn so können bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

Die geringe Wertschätzung und das zu geringe Gehalt sind Gründe dafür, dass immer weniger Leute den Beruf ausüben wollen oder aufhören. Das führt dazu, dass die übrigen Personen dieser Berufsgruppe nun Arbeit für mehrere Personen erledigen müssen. Das hat enorme Auswirkungen auf Kinder und Patient*innen. Um auf jedes Kind im Kindergarten individuell eingehen zu können, braucht es sehr viel mehr Personal als momentan vorhanden. Kinder mit speziellen Bedürfnissen werden oft ungewollt vernachlässigt. Das kann sich etwa auf die schulische Laufbahn auswirken.

„Man kann sich nicht mehr genug Zeit für alle Bewohner*innen nehmen, *viele meiner Patient*innen bekommen sehr selten Besuch und sind die meiste Zeit alleine in ihren Zimmern. Erst gestern konnte ich zum ersten Mal mit einem Patienten in Ruhe plaudern. Dieses kurze Gespräch hat seinen ganzen Tag verschönert. Ich glaube, dass bei der Personalmangel-Diskussion oftmals die negativen Auswirkungen auf Patient*innen vergessen wird"*, erzählt eine Praktikantin in der Geriatrie Simmering.

Zusammenfassend kann man sagen, dass theoretisch viele Jugendliche diese Berufe erlernen möchten.
Doch die Realität sieht leider anders aus, weil sich einiges dieser Karriere in den Weg stellt. Wenn man nicht jetzt in junge Menschen investiert und ihnen die Ausbildung und den Einstieg in den Beruf erleichtert, werden wir in den nächsten fünf bis zehn Jahren dabei zusehen müssen, wie unser ganzes System zusammenbricht. Ein System, das von solchen Berufsgruppen mit aller Kraft zusammengehalten wird.

Gegen den Personalmangel braucht es neue Lösungen – und zwar dringend.

WARUM PASSIERT NICHTS ...

07

NACH ÜBER ZWANZIG JAHREN HAT MENSCH DIE NASE VOLL - BERUFS-GESETZ SOZIALARBEIT

*Bereits 2001 forderte der Europarat das Bereitstellen solider, rechtlicher Grundlagen für die Tätigkeit der Sozialarbeiter*innen. Der Gesetzesentwurf liegt am Tisch, wurde nach vielem Hin und Her 2015 an die damaligen Stadträt*innen übergeben. Und seit dem - NICHTS*

Die gesetzliche Absicherung der sozialen Arbeit mit einem Berufsgesetz Sozialarbeit/ Sozialpädagogik ist seit langem ein Wunsch. Ein Berufsgesetz ist vor allem deshalb wichtig, um eine Qualitätssicherung durch eine Festlegung der Aus- und Fortbildungsstandards zu erreichen. Auch eine Disziplinarordnung (Disziplinargewalt eines Gremiums bei Nichteinhaltung von festgelegten Standards) und eine Regelung der Verschwiegenheitspflicht, sowie Ausnahmen von der Anzeigepflicht mit Festlegung der Konsultationspflicht sind nötig.

Unüberschaubare Vielfalt

Aktuell reicht das Herkunftsfeld von Menschen in der Sozialarbeit/ Sozialpädagogik von Psychologie, Soziologie über Gesundheitsausbildungen bis zu einigen Dutzend Zertifikaten teils privater Akademien, Coachinginstituten und Kursanbieter bis zu einschlägigen Studien an Fachhochschulen. Die Vielfalt ist fast unüberschaubar. Das Problem dabei ist, dass sich von überall Leute für Sozialarbeiter*innenjobs bewerben. *„Es fehlten meistens basale Fertigkeiten für die tatsächliche Tätigkeit“*, so Wolfgang Kramer, Geschäftsführer der Suchthilfe Dialog. Die Bologna-Regelungen des Studienbetriebes, wonach etwa auf einen Bachelor in Volkswirtschaftslehre ein Master in Soziale Arbeit aufgesetzt werden kann, sind da auch nicht hilfreich.

Daher klar gefordert: Die Ausbildungswege müssen eingegrenzt und festgeschrieben werden auf die einschlägigen Fachhochschulstudien und, für Sozialpädagogik, auf bestehende Colleges. Standards für die Weiterbildung gehören ebenso festgeschrieben wie Qualitätssicherung und -überprüfung. Aber auch ethische Standards sind zu fixieren, reicht das Arbeitsfeld sozialer Arbeit ja auch tief in Menschenrechtsfragen hinein.

Klingt klar und einleuchtend, eröffnet aber tatsächlich ein Dilemma, wenn nicht eine Menge Dilemmata. Zum einen haben die großen Sozialorganisationen kein besonderes Interesse, ihre gut eingeführte Organisation, in der das Management das Sagen hat, von einem Berufsgesetz „stören“ zu lassen. In den Ländern und ihren Organisationen, von der Jugendwohlfahrt bis zur Altenhilfe, ist das oft ähnlich – sie sehen zumindest keinen dringenden Bedarf an einem Berufsgesetz.

Nur nicht zu viel ändern?

Nicht zuletzt würde auch in Entlohnungsfragen eine neue Transparenz einkehren, vielleicht eine Kostensteigerung. Und es müssten sich vermutlich andere Berufsgruppen, etwa Psychotherapeuten oder Psychologen, auch wieder ein Stück weit zurückziehen aus den Feldern, die Sozialarbeiter beanspruchen, von der Schuldnerberatung über den Strafvollzug bis zur Erwachsenenvertretung. Zumindest ginge es in vielen Institutionen darum, die multiprofessionellen Teams anders zu ordnen. Statistisches Material dazu fehlt jedenfalls. Bekannt ist nur so viel: Im sozialen Bereich arbeiten rund eine halbe Million Menschen in Österreich.

Ein Berufsgesetz ist vor allem deshalb wichtig, um eine Qualitätssicherung durch eine Festlegung der Aus- und Fortbildungsstandards zu erreichen.

Auszug aus der Presseaussendung vom 9.3.2022 des OBDS – Brief an den neuen Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz Johannes Rauch

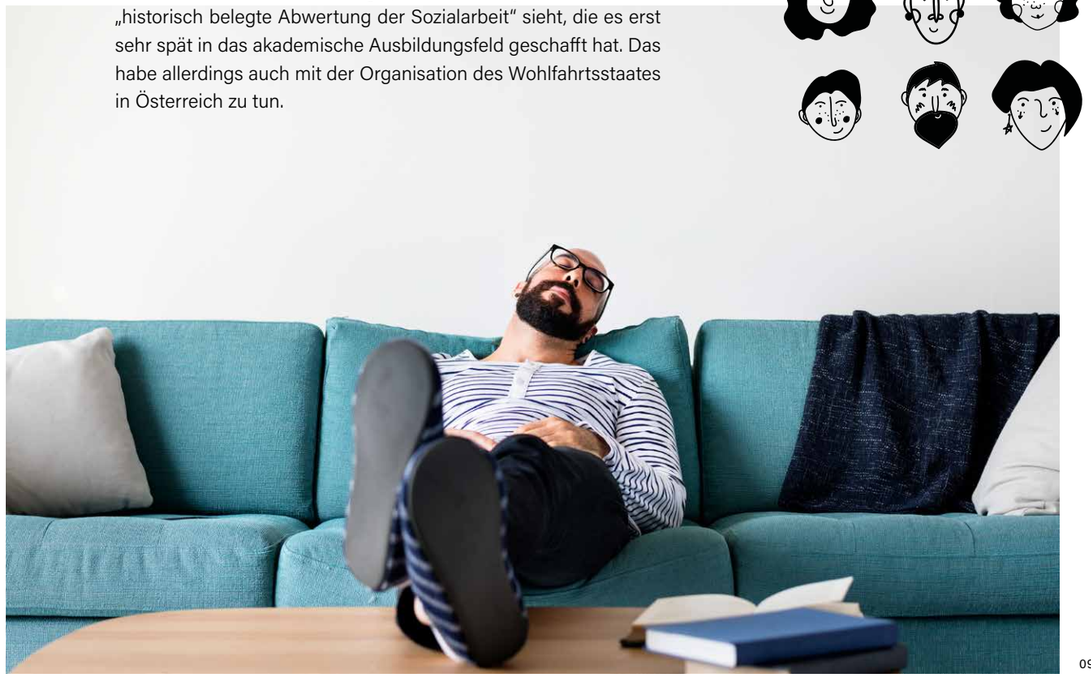
[...] Ein wichtiger Schritt, um die in diesen Feldern tätigen Berufsgruppen bei ihrer Arbeit zu stärken, ist dabei auch die Umsetzung des im Regierungsprogramm festgeschriebenen Berufsgesetzes für die Soziale Arbeit. Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen brauchen eine österreichweit einheitliche Regelung ihrer Berufe! Der obds ist die Interessensvertretung der Fachkräfte der Sozialen Arbeit (Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen)

Ist die Forderung nach einem Berufsgesetz also berechtigt?

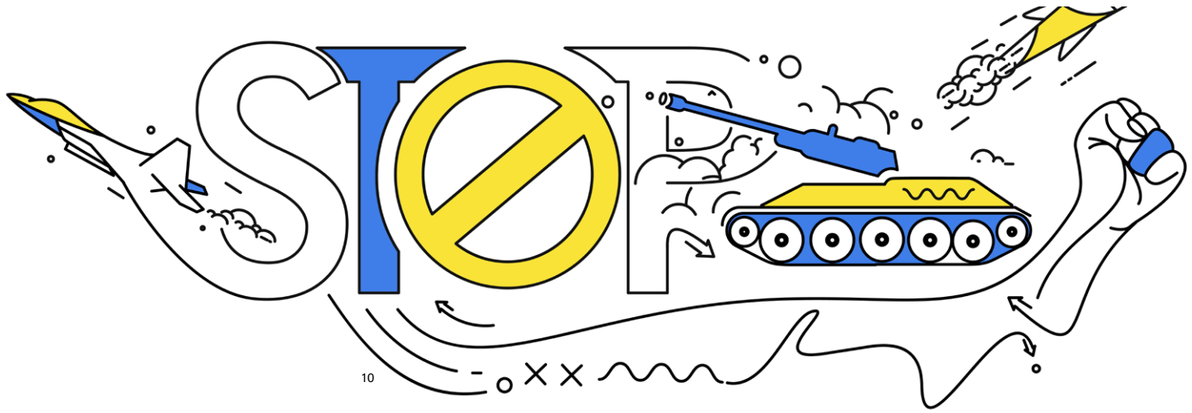
Michael Meyer, Professor für Nonprofit-Management an der WU Wien, versteht die Klage des Verbandes „aus professionssoziologischer Sicht“: Die Profession verliere an Einfluss und Macht und werde in Organisationen von Managern abgelöst. *„Die Klagen des Berufsverbandes sind berechtigt“*, resümiert Meyer, der auch eine „historisch belegte Abwertung der Sozialarbeit“ sieht, die es erst sehr spät in das akademische Ausbildungsfeld geschafft hat. Das habe allerdings auch mit der Organisation des Wohlfahrtsstaates in Österreich zu tun.

08

Im sozialen Bereich arbeiten rund eine halbe Million Menschen in Österreich.



09



10

WAS MACHT DER KRIEG MIT UNS – ALS MENSCHEN IM PRIVATLEBEN UND ALS MITARBEITER*INNEN DER STADT WIEN

Weltschmerz ist gerade das Gefühl von so vielen von uns. Wir fühlen uns machtlos, wütend und haben Angst. Dieser Krieg ist zuallererst ein Angriff auf uns Menschen.

11

Wir sind Frieden gewohnt und jetzt ist plötzlich alles anders. Das unermessliche Leid der Betroffenen und die gefühlte Hilflosigkeit, der wir alle ausgesetzt sind, lässt sich möglicherweise durch Hilfsaktionen und persönliches Engagement in der Unterstützung für Kriegsflüchtlinge bearbeiten, stellt uns jedoch gesamtheitlich vor neue Herausforderungen.

Wir alle, im Dienst der Stadt Wien, übernehmen im Kollektiv der Daseinsvorsorge schon jetzt und zukünftig wichtige Aufgaben, um einen Teil der Hoffnung für die Flüchtlinge, als auch für die Bevölkerung sicherzustellen.

Der soziale Auftrag, welcher von der Kommune sehr ernst genommen wird, verdichtet die bereits durch Corona sichtbaren Defizite auf Bundesebene und damit Landesebene massiv.

Es braucht ganz dringend mehr Elementarpädagog*innen, Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen und Fachpersonal im Gesundheitsbereich, sowie administrative Kräfte, um den Anforderungen Gerecht zu werden. Die Kommunen sind nämlich ganz zuerst in der Verantwortung. Und der übermenschliche Einsatz von Mitarbeiter*innen von Hilfsorganisationen kann schon lange Defizite nicht mehr kompensieren. Zulange wurde auf die Veränderungen in der wachsenden Gesellschaft nicht reagiert.

Selbstverliebte und abgehobenen Politiker*innen, welche sehr freizügig mit der Republik und uns Menschen in Österreich umgehen, haben das Vertrauen in die Politik nachhaltig zerstört und begünstigen eine weitreichende Spaltung der Gesellschaft.

Wo sind die Kindergartenplätze und Schulplätze für die Flüchtlingskinder und das dafür notwendige Fachpersonal?

Wo sind die Sozialarbeiter*innen, welche mit Unterstützung und Know-how die geflüchteten Menschen begleiten?

Wo ist das Fachpersonal im Gesundheitsbereich, welches traumatisierten Kindern und Erwachsen aus den Kriegsgebieten zur Seite stehen kann?

Genau das sind mal auf den ersten Blick jene Personalgruppen, welche mit der Personalvertretung und Gewerkschaft seit Jahren auf die Personalnot und Unterbesetzung in Hinblick auf die Versorgungstätigkeit in der Stadt verweisen.

Fazit: Die Arbeit mit Menschen im Alltag ist eben ganz anders als am Papier! Und alle jene, die in einigen Wochen dann feststellen, dass alles zu viel wird und ein Bashing auf die Flüchtlinge auslösen, können sich selbst an der Nase nehmen. Denn genau diese sind maßgeblich daran beteiligt, dass weder die finanziellen Mittel, noch der Personalstand passen – und schon gar nicht die Arbeitsbedingungen.

Wir sind Frieden gewohnt und jetzt ist plötzlich alles anders.

12

BERUFSKRANKHEIT – COVID-19-ERKRANKUNG UNBEDINGT MELDEN!

Meldepflicht einer möglichen Berufskrankheit durch das Coronavirus!

Infektionskrankheiten – und damit auch COVID19 – können, wenn sie durch Ausübung der Beschäftigung verursacht sind, als Berufskrankheit anerkannt werden.

Bei Verdacht auf eine Berufskrankheit durch Infektion mit dem Coronavirus sind jedenfalls Fälle zu melden, in denen ein positiver Labortest vorliegt und der Verdacht auf einen beruflichen Zusammenhang gegeben ist.

Richtig handeln

Die Meldung kann sowohl von der Dienststelle, als auch vom zuständigen Arzt, an die dafür vorgesehenen Stellen übermittelt werden. Kommt die Meldung von der Dienststelle ist diese im Zuge des Dienstweges an die MA2 zu übermitteln.

- **Bei Beamtinnen und Beamten** ist die Meldung an das Unfallfürsorgereferat der MA2 zu übermitteln. (Formular der AUVA oder der BVAEB verwenden)
- **Bei Vertragsbediensteten, mit Diensteintritt vor 01.01.2001,** ist die Meldung an die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA) und nachrichtlich an das Referat besondere sozialversicherungsrechtliche Angelegenheiten der MA2 zu übermitteln. (Formular der AUVA verwenden)
- **Bei Vertragsbediensteten, mit Diensteintritt nach 31.12.2000 (sowie bei Lehrlingen),** ist die Meldung an die Versicherungsanstalt öffentlicher Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau zu übermitteln.

Die Beurteilung, ob eine Berufskrankheit vorliegt, obliegt bei Vertragsbediensteten dem Unfallversicherungsträger bzw. bei Beamtinnen und Beamten der MA2.

Bitte verwenden Sie für die Meldung die Formulare des jeweiligen Unfallversicherungsträgers.

An wen können Rückfragen in Unfallfürsorgeangelegenheiten und im Zusammenhang mit Meldungen eines Dienst- bzw. Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit gerichtet werden?

- **Beamtinnen und Beamte:** Für Rückfragen steht das Referat Unfallfürsorge der MA2, unter 01/4000/94411 und 01/4000/94413, als Ansprechstelle zur Verfügung
- **Vertragsbedienstete und Lehrlinge:** Rückfragen können an das Referat Pensionsservice und sozialversicherungsrechtliche Angelegenheiten der MA2, unter 01/4000/94214 und 01/4000/94213, gerichtet werden.

Die Gewerkschaft younion unterstützt und hilft ihren Mitgliedern:

Bei rechtlichen Fragen zum Thema „Anerkennung von Corona als Berufskrankheit" wenden Sie sich bitte an die örtliche Personalvertretung und Gewerkschaft. Sollten sich Unklarheiten ergeben und eine rechtliche Begleitung notwendig werden, ist die kostenlose Rechtsvertretung für Gewerkschaftsmitglieder der younion für Sie da.

Quelle: Info der younion

13

WANN COVID ALS BERUFSKRANKHEIT ANERKANNT WERDEN KANN:

- Die Ansteckung muss mit hoher Wahrscheinlichkeit bei der Arbeit passiert sein.
- Sie muss in einem Unternehmen passiert sein, in dem ein erhöhtes Infektionsrisiko besteht: u.a. Krankenhaus, Kuranstalt, Pflegeheim, Apotheke, Schule, Kindergarten, Justizanstalt.
- Es muss ein Antrag bei der Unfallversicherung gestellt werden.

BEZIEHT ENDLICH STELLUNG...

ELEMENTARPÄDAGOGISCHE BILDUNGSEINRICHTUNGEN IN DER KRISE – GEWERKSCHAFT BEZIEHT ÖFFENTLICH STELLUNG.

Auszug der Presseaussendung im Zuge der österreichweiten Protestaktionen im März 2022 unter der Schirmherrschaft der younion:

younion-Obermüller:
Bildung gehört in die öffentliche Hand!

*„In den Kindergärten, Horten und Kleinkindergruppen wird wichtige Bildungsarbeit geleistet, da sind sich alle Expert*innen einig. Es ist daher nur logisch, dass alle diese Einrichtungen in die öffentliche Hand gehören"*, sagt Manfred Obermüller, Vorsitzender-Stellvertreter in der younion _ Die Daseinsgewerkschaft. Und weiter: *„Ich fordere eine stufenweise Rekommunalisierung, denn niemand zwingt private Einrichtungen einen Kindergarten zu führen."*

Obermüller verweist dabei auch auf die Forderungen des Personals aus den privaten Einrichtungen: *„Da wird um Dinge gekämpft, die in den öffentlichen Einrichtungen schon jetzt besser sind. Zum Beispiel die Bezahlung, oder der Stundenschlüssel."*
Laut Kindertagesheimstatistik befinden sich bereits 72,5 Prozent aller Kindergärten in Österreich in öffentlicher Hand. In einigen der privaten Einrichtungen müssen Eltern mehr für Leistungen bezahlen. Obermüller: *„Das können sich viele Haushalte aber gar nicht leisten, erst recht nicht bei den enormen Preissteigerungen bei Energie und den Gütern des täglichen Lebens."*

Auch der Blick in die Vergangenheit stärkt die Forderung nach einer Rekommunalisierung. So sind manche private Einrichtungen durch fragwürdige pädagogische Konzepte und dubiose Pleiten aufgefallen. Obermüller: *„Es gab Fälle, da wurden Kindergärten praktisch von heute auf morgen geschlossen. Das war für die Kinder teilweise traumatisch, für die Eltern sehr herausfordernd und für das Personal existenzbedrohend."*

Damals wurden auch die Rufe nach mehr Kontrollen laut. Obermüller: *„Wenn der Staat durch immense Mittel nachkontrollieren muss, was die privaten Betreiber so treiben, ist das Konzept endgültig gescheitert. Außerdem darf man nicht vergessen, dass jeder private Betreiber einen Verwaltungsaufwand hat. Da ist eine zentrale kommunale Verwaltung also ein enormes Einsparungspotential."*

„Auch in den öffentlichen Einrichtungen läuft nicht alles glatt", räumt Obermüller ein. Er sieht dabei die Verantwortung auch bei der Bundesregierung. *„Im Gegensatz zur Gemeinde Wien werden wir auf Bundesebene als größte Kindergartengewerkschaft aber nicht in Verhandlungen eingebunden. Genau dort müssen aber die entscheidenden Weichen gestellt werden."*

> In den Kindergärten, Horten und Kleinkindergruppen wird wichtige Bildungsarbeit geleistet, da sind sich alle Expert*innen einig.

Wie wir es sehen: Wir sprechen uns schon seit etlichen Jahren dafür aus, dass die gewerkschaftliche Vertretung der Mitarbeiter*innen in elementarpädagogischen Einrichtungen in einer Fachgewerkschaft organisiert werden soll.

Die längste und umfassendste Erfahrung hat hier die younion. Aufbauend auf der Forderung der Rekommunalisierung wäre das die richtige Entscheidung.

Zusätzlich entsteht die gewerkschaftliche Vertretungsstärke für die Mitarbeiter*innen, welche wir dringend brauchen. Wir haben es uns als Mitarbeiter*innen der elementarpädagogischen Bildungseinrichtungen verdient, ebenso wahrgenommen zu werden, wie die Pädagog*innen der Schulen.

Kinderaktion

foto: ©moniopic – stock.adobe.com

Ermäßigung:

- für Kinder bis 14,99 Jahre erhalten Sie 100 %
- für Kinder bis 18,99 Jahre erhalten Sie 50 %

Voraussetzungen

- Eine aufrechte Mitgliedschaft bei der younion, LG Wien mit Sozialwerksbeitrag mindestens eines Eltern- bzw. Großelternteils, der selbst den Urlaub antritt.
- Kind im Zimmer des Mitgliedes, der Eltern/Großeltern oder im Familienzimmer.
- Das Mitglied zahlt vorab den gesamten Preis abzüglich der vom jeweiligen Hotel festgelegten Ermäßigungen. Nach Aufenthalt im jeweiligen Hotel wird mittels Rechnung lautend auf das Mitglied im Infocenter der younion bis 3 Monate nach Urlaubsende der bezahlte Kinderpreis zu 100 % bzw. 50 % bar rückerstattet.
- Der Aufenthalt ist im Aktionszeitraum auf 14 Tage begrenzt.
- Die Ermäßigungen kommen nicht zum Tragen, wenn die Reise für das Kind/die Kinder kostenlos war!

Die **Kinderaktion** gilt
NUR für die u. a. Destinationen
vom 1. März 2022 bis 28. Februar 2023:

Hotel Grimmingblick
Vital-Hotel-Styria

Weitere Informationen erhalten Sie
im Infocenter der younion,
1090 Wien, Maria-Theresien-Straße 11
unter der Tel.-Nr. 01/313 16-83720 bis 83724
oder per E-Mail an infocenter@younion.at

Letzter Auszahlungstag:
3 Monate nach Urlaubsende

Erforderliche Unterlagen

- Rechnung lautend auf das Mitglied
- Bestätigung des Hotels über den Aufenthalt des Kindes/der Kinder
- Kopie eines Dokumentes (Reisepass, Mutter-Kind-Pass usw.) aus dem das Alter des Kindes/der Kinder hervorgeht
- Bei Kindern ab dem 15. Lebensjahr zwingend der Schüler- bzw. Lehrlingsausweis
- Ausweiskopie (Reisepass/Führerschein) des Mitgliedes (Eltern, Großeltern)

14

Die Teuerungswelle ist für viele von uns existenzbedrohend und treibt weiterhin die Armutsspirale an.

DIE TEUERUNGSWELLE RAUSCHT ÜBER UNS UND WIE WEITER...

Die Teuerungswelle ist für viele von uns existenzbedrohend und treibt weiterhin die Armutsspirale an. Die Regierung präsentiert fragwürdige und nicht nachhaltige Entlastungsprogramme.

Wir brauchen rasche Hilfe und greifende Unterstützung!

Haben wir noch vor ein paar Jahren über das Sterben des Mittelstandes geschrieben, so zeigen uns Corona, der jetzige Krieg und die unbeschreibliche Gier der Konzerne und Großunternehmer*innen, wohin der Zug fährt.

Die Armut in Österreich nimmt rasant zu, die niedrigen Einkommen treiben Familien und leider ganz viele Pensionist*innen in Verschuldung und Ausweglosigkeit. Sogar Familien mit mittleren Einkommen werden von der Teuerungsrate immer mehr in Notsituationen gebracht. Nicht die Luxusgüter und Fernreisen sind die Auslöser für leere Brieftaschen, sondern das ganz normale Leben.

15

Lebensmittel, Heizkosten, Treibstoff und Co. sind die Verursacher von einem stetig anwachsenden Minus am Konto oder, im besten Fall, der Grund, weshalb ein monatlicher Zugriff auf Reserven erfolgt. *„Im März und April dürfte die Inflation auf 6,5 Prozent oder mehr steigen"*, sagt WIFO-Experte Josef Baumgartner. Das heißt, im Durchschnitt wird alles um 6,5 Prozent teurer. Zusätzlich haben wir die erhöhten Strom- und Gasrechnungen zu erwarten. Der Energiekostenzuschuss von Euro 150,00 ist in Aussicht gestellt, doch noch nicht bei den Menschen angekommen. Die zusätzliche Teuerung von Sprit, denn nicht alle haben (aus welchen Gründen auch immer) die Möglichkeit, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren, ist auch nicht zu unterschätzen.

Die Teuerung wird sich natürlich auch auf das Wirtschaftswachstum auswirken, denn wem nichts übrigbleibt, der/ die kann auch nichts kaufen. Geplante Urlaube werden ebenfalls nicht zu Stande kommen können, da hierfür schon im Hinblick auf den Schulstart und der nächsten Coronawelle mit möglichen Arbeitsplatzabbau und Kurzarbeit gespart werden muss.

Fazit: Die Bundesregierung ist aufgefordert, nicht nur die Wirtschaft zu stabilisieren, sondern ein Krisenpaket für die Arbeitnehmer*innen zu schnüren.

DIE/DER WIRTSCHAFTSMINISTER*IN IST LAUT PREISGESETZ GESETZLICH VERPFLICHTET, BEI UNGEWÖHNLICHER PREISENTWICKLUNG ETWAS ZU UNTERNEHMEN UND BEI EINER UNGERECHTFERTIGTEN PREISPOLITIK EINE PREISOBERGRENZE EINZUFÜHREN.

Die AK (Arbeiterkammer) hat ein 10 Punkte Programm entwickelt, um die Menschen rasch, aber auch nachhaltig zu entlasten:

- **Zeitliche befristete Halbierung der Mehrwertsteuer auf Energie** von derzeit 20 auf 10 Prozent. Das ist rasch umzusetzen und entspricht auch Empfehlungen der EU Kommission.

- **Deutliche Erhöhung sowie Ausweitung des Begünstigtenkreises der Heizkostenzuschüsse** der Bundesländer, das ist bisher kaum geschehen. Dieser Zuschuss liegt derzeit zwischen 150 und 250 Euro pro Jahr.

- **Entlastungen für Menschen, die auf das Auto angewiesen sind,** darunter:

  Die Pendlerpauschale muss einfacher, ökologischer und gerechter gestaltet werden. Ein kilometerabhängiger Absetzbetrag anstelle der jetzt gültigen gestaffelten Freibeträge würde Pendler*innen mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten und könnte mithelfen die Mehrkosten durch Energiepreisinflation und CO2-Preis zu kompensieren.

  Befristete Senkung der Mehrwertsteuer auf Treibstoffe von derzeit 20 auf 10 Prozent. Auch das entlastet Pendler*innen, aber auch andere Menschen, die auf das Auto angewiesen sind, unmittelbar.

  Erhöhung des Kilometergeldes auf 50 Cent, eine Valorisierung ist ohnehin schon jahrelang überfällig.

- **Das Recht auf Grundversorgung mit Energie stärker und besser kommunizieren:** Menschen haben das Recht auf Energieversorgung. Sie können sich bei jedem Energielieferanten darauf berufen, diese sind verpflichtet (gegen Hinterlegung eines Betrages, der nicht höher sein darf als eine monatliche Teilzahlung) Energie zu liefern.

- **Rasche Umsetzung des Energie- und Klimahilfsfonds,** der als zentrale Anlauf- und Vernetzungsstelle für Bund, Ministerien, Länder, Gemeinden, Energieunternehmen, soziale Organisationen u.a. fungieren soll. Weiters soll der Fonds die Umsetzung von Energieeffizienz- und Klimaschutzmaßnahmen, darunter thermische Sanierungen, Heizungstausch und mehr, unterstützen.

- **Konsument*innenfreundliche Standardtarife,** Regulierung der Tarife, Deckelung der Energiepreise: Energieversorger sollten einen stabilen, verlässlichen Tarif anbieten, der nicht an Großhandelspreise oder Börsenpreise gekoppelt ist. Energie muss leistbar bleiben, insbesondere für energiearme Haushalte.

- **Deutliche Aufstockung der Energieunterstützungsfonds,** um Kund*innen, die von Energiearmut betroffen sind oder ihre Energierechnungen nicht bezahlen können, rasch und unbürokratisch zu entlasten. Begleitend dazu sind die Beratungsangebote auszubauen.

- **Preistransparenz und Überwachung der Energiemärkte:** An den Energiebörsen sind vermehrt Spekulationen zu beobachten. Energiepreise dürfen aber nicht noch zusätzlich durch Spekulationen in die Höhe getrieben werden, daher braucht es eine tiefgehende wettbewerbsrechtliche Überprüfung der Energiebörsen und der außerbörslichen Transaktionen.

- **„Windfall-Profits" umverteilen:** Nach Schätzungen der Internationalen Energieagentur betragen die sogenannten Windfall-Profits (unvorhersehbare, zufällige Gewinne aufgrund von Änderungen der Marktlage) in der EU 200 Milliarden Euro. Diese sollten mithilfe von Steuern abgeschöpft und an Energieverbraucher*innen umverteilt werden. Mit Österreichs mehrheitlich in öffentlichem Eigentum stehenden Energieversorgungsunternehmen könnten Bund und Länder von höheren Dividenden profitieren und diese für die Eindämmung negativer sozialer Auswirkungen zweckwidmen.

- **Erneuerbaren Wärme-Gesetz und Energieeffizienzgesetz rasch umsetzen:** Das geplante Erneuerbaren-Wärme-Gesetz soll Basis für den Ausstieg aus Öl und Gas sein, das muss so rasch wie möglich umgesetzt werden, Schwerpunkt muss auf Haushalten liegen, die alleine keine Maßnahmen setzen können. Parallel muss zur Reduktion des Energieverbrauchs und damit zur Senkung der Energiekosten das neue Energieeffizienzgesetz auf den Weg gebracht werden.

BILDRECHTE

01 @ user2122532/freepik.com
02, 06, 07, 09, 13 @ rawpixel.com
03 @ freepik.com
04 @ senivpetro/freepik.com
05 @ mariiazotova/freepik.com
08 @ smizurova/freepik.com
10 @ Rochak Shukla/freepik.com
11 @ bearlala/freepik.com
12 @ nando-novoa/freepik.com
14 @ wayhomestudio/freepik.com
15 @ eto123ya/freepik.com

Konsequente Interessenvertretung ÖGB – younion_Die Daseinsgewerkschaft, BetriebsrätInnen, Personalvertretung, Behindertenvertrauenspersonen • Blumauergasse 22/3, 1020 Wien, Telefon (01) 4000 838 67, Fax (01) 4000 838 77 • Alle namentlich nicht gekennzeichneten Artikel wurden vom Redaktionsteam unter der Leitung von Martina Petzl-Bastecky erstellt • Layout und Gestaltung: Design by Poppitz

www.kiv.at www.facebook.com/KIV.UG twitter.com/UG_KIV @kiv_ug

KIV Magazine Online ansehen

IMPRESSUM

KIV-Magazin 02/2022 • Österreichische Post AG MZ 02Z031874 M • ÖGB-Verlag, Johann Böhm Platz 1, 1020 Wien • Retouren an PF 1001350 Wien
Medieninhaber, Herausgeber, Verleger:
ÖGB/younion _ Die Daseinsgewerkschaft, Maria Theresienstraße 11, 1090 Wien
Redaktion, Vertrieb:
KIV – Konsequente Interessenvertretung, Blumauergasse 22/3, 1020 Wien,
Telefon: (01) 4000 838 67, Fax: (01) 4000 838 77,
kiv@kiv.at; www.kiv.at *Erscheinungsort Wien*

Kd-Nr.: 0021000056
ZVR-Nummer: 576439352

Liebe/r Briefträger*in: Bei Unzustellbarkeit Retouren bitte an Postfach 100, 1350 Wien. Danke.